

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 75

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

REZENSIONEN

Federici, Silvia: **Jenseits unserer Haut.** Körper als umkämpfter Ort im Kapitalismus.

Aus dem amerikanischen Englisch von Margarita Ruppel. Unrast Verlag, Münster 2020 (144 S.)

Was befindet sich jenseits unserer Haut? Mehr als nur Fleisch und Blut? Ja, sagt Silvia Federici, denn «die Geschichte des Körpers ist die Geschichte des Menschen» (S. 123). Eine jede soziale Veränderung, kulturelle oder politische Praxis wird zuallererst auf den Körper angewendet. Er ist gleichermaßen Schauplatz von Ausbeutung, Kategorie des politischen Handelns und Ursprung von Widerstand.

Einige, nicht alle, der in *Jenseits unserer Haut* versammelten Artikel sind bereits in anderen Formaten erschienen. Den Anlass für die Artikelsammlung lieferten drei Vorlesungen über die Bedeutung des Körpers und der Körperpolitik in der feministischen Bewegung der 1970er-Jahre, welche Federici im Winter 2015 am California Institute of Integral Studies hielt. Die Auseinandersetzung mit dem Körper sollte sich ursprünglich auf ihre früheren Arbeiten richten. Daraus entstanden Diskussionen, die den Rahmen des Gewesenen sprengten und mit aktuellen Fragen ergänzten. Vor dem Hintergrund seiner Entstehungsgeschichte ist es nicht verwunderlich, welche Unmengen an Stoff in diesem Buch verhandelt werden. Die einzelnen Artikel sind dicht und reichhaltig, voll mit Anekdoten und Exempeln. Die Theorie ist verwoben mit der Praxis, Federici schreibt anschaulich, aber komplex. Sie involviert die Leser*in, durch die Verwendung des «wir» erzeugt ihre Sprache Unmittelbarkeit.

Der erste Teil, der die drei Vorlesungen umfasst, dient als Vorbereitung, weshalb sich – zumindest anfangs – eine chronologische Lektüre empfiehlt. Obwohl die deutsche Übersetzung zeitlich dicht nach der englischen Originalausgabe erscheint, gelingt sie präzise und sorgfältig. Die Genauigkeit stellt sich auch in Bezug auf aktuelle, sprachpolitische Diskur-

se und Überlegungen zu diskriminierungssamer Sprache dar, etwa in Bezug auf die Grossschreibung von «Schwarz».

Wenn wir vom «Körper» sprechen, wovon sprechen wir? Von einer Abstraktion gesellschaftlicher Geschichten und Realitäten. Mit Anführungszeichen versehen verdeutlicht Federici dessen fiktiven Charakter (S. 18). Das Konzept «Körper» steht im Fokus des politischen und wissenschaftlichen Diskurses. Es lassen sich zwei entgegengesetzte Körper-Konzeptionen ausmachen: Den einen Pol bildet der biologische Determinismus, welcher mit einer «beinahe religiösen Obsession» der Biolog*innen in Bezug auf die Genetik ausgestattet ist, «denn alles liegt in der DNA, die uns ein unbekannter Gott zugeteilt hat» (S. 17). Am anderen Pol lassen sich diskursive und performative Körpertheorien ansiedeln, welche «biologische» Faktoren zu verwerfen suchen (ebd.). Federicis Standpunkt ist ein anderer, sie interessiert sich für die *Ursachen* der Kräfte, Zwänge und Normen, die auf unsere Körper einwirken. Sie streicht die Materialität des Körpers heraus, seine Fähigkeiten, Bedürfnisse und Widerstände.

Federici betont, dass «es nicht eine, sondern mehrere Geschichten der Mechanisierung des Körpers» gebe. Diese müssten intersektional betrachtet werden, «entlang von <Rasse>, Geschlecht und Generation» (S. 19). Nur dann werden die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Körper(-politik) begreiflich. Der Kapitalismus basiert auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft *und* definiert Frauen als bloße Körper. Daraus ergebe sich ein «doppelter Mechanisierungsprozess» (S. 22). Nebst der Ausbeutung durch unbezahlte und bezahlte Arbeit werden Frauen zusätzlich ihrer

Körper enteignet und in «Gebärmaschinen» und «Sexobjekte» (ebd.) verwandelt. Dies geschah durch die Versklavung, die Entstehung des Plantagensystems und durch die Hexenverfolgung. Den Kern der kapitalistischen Aneignung des weiblichen Körpers bildet die Reproduktion. Sie hat einen wirtschaftlichen Wert, denn sie produziert neue Arbeitskräfte. Deswegen lohnt(e) sich die institutionalisierte Kontrolle über den weiblichen Körper durch Sozialleistungen, Verhütungsmittel und Zugang zu Abtreibung. Staat und Kapital versuchen schon immer, zu kontrollieren, wer sich fortpflanzen darf, und wer nicht (S. 25).

Doch auch Widerstandsformen existier(t)en: die feministischen Bewegungen der 1970er-Jahre, die Reproductive-Justice-Bewegung oder der Geburtsstreik. Die Reproductive-Justice-Bewegung zeigte, dass wir unsere Körper nicht zurückfordern können, ohne auch die materiellen Lebensbedingungen zu verändern. Der Körper kann als politisches Machtinstrument genutzt werden. Mutterschaft beinhaltet eine *soziale Macht* – wir sollten sie als «politische, Werte setzende Entscheidung» (S. 28) verstehen. Dem entgegengesetzt steht die extremste Form der weiblichen Ausbeutung: die moderne Leihmutterchaft. Nicht nur verschränkt sich hierbei auf perfide Weise Rassismus mit Klassismus, auch findet eine Entmenschlichung von Schwangerschaft und Mutterschaft statt, welche die Frau vollends als Maschine und das Kind als Ware klassifiziert. Als Leihmutterchaftskritikerin fokussiert Federici stark auf eine einzige Form der Leihmutterchaft: diejenige im Kapitalismus. Dass auch andere Formen denkbar wären – wie beispielsweise Sophie Lewis in *Full Surrogacy Now* (2019) deutlich macht –, und dass Leihmutterchaft bei aller Kritik das Potenzial besitzt, Reproduktionsarbeit überhaupt erst sichtbar zu machen, erwähnt sie nicht.

Feministische Kämpfe sind auf ein Subjekt angewiesen. Gemeinsam erlittene Ungerech-

tigkeiten bilden die Basis oppositioneller Bewegungen. Federici ist überzeugt von der Relevanz der politischen, analytischen Kategorie «Frau». Dabei begreift sie «Frau» vor allem als einen bestimmten Platz in der kapitalistischen Arbeitsteilung. Der Begriff sei keinesfalls statisch, sondern «ein ständig umkämpftes und neu zu definierendes Terrain» (S. 56). Sie erachtet die unter Feminist*innen in den USA verbreitete Performanz-Theorie von Gender zwar als sinnvoll, aber begrenzt (S. 53). Dabei werde «übersehen, dass Gender das Ergebnis eines langen Prozesses der Disziplinierung ist» (S. 54). Die Ausbeutungen und Zwänge, denen «Weiblichkeit» unterliegt, werden nicht nur durch Normen geprägt, sondern auch durch Arbeitsteilung und -märkte sowie durch die Organisation von Familie, Sexualität und Hausarbeit.

Performanz suggeriert das «passive Befolgen eines Gesetzes», einen «einvernehmlichen Akt» (S. 53), obwohl es sich meist um eine unfreiwillige Unterwerfung handelt. Sie hilft uns zwar dabei, «Weiblichkeit» zu denaturalisieren, aber vergisst, dass wir nicht nur unsere individuelle Vorstellung von Gender, sondern auch die Institutionen ändern müssen, die Genderverhältnisse aufrechterhalten.

Institutionelle Machtregimes – wie dasjenige der Psychologie und Medizin – schreiben ihre Vorschriften in Körper ein. Der Körper besitzt die Fähigkeit, sich zu verändern. Die Idee, unseren Körper umzugestalten, ist uralt – sei es zur Optimierung, Verschönerung oder Gruppenidentifikation. Federici untersucht, welche «Körperpolitik» der Popularität körperlicher Umgestaltung wie Fitnesswahn oder Schönheitschirurgie zugrunde liegt. Einerseits problematisiert sie den gesellschaftlichen Druck, welcher auf unsere Körper ausgeübt wird, andererseits verdeutlicht sie, wie solche «Einzelfall-Lösungen» (S. 61) gesellschaftliche Ungleichheiten akzentuieren: «Während die Körper einiger immer fitter und perfekter werden, steigt die Zahl derer, die sich aufgrund von Überge-

wicht, Krankheit und schlechter Ernährung kaum noch bewegen können.» (S. 64) Unser Verhältnis zur Er- und Abschaffung unserer Körper hänge, so Federici, von der Medizin ab, also einer Institution, die von Wirtschafts- und Regierungsvorgaben bestimmt wird. Statt Mediziner*innen als göttliche Schöpfer*innen zu verklären, sollten wir also besser unseren Aktivismus darauf ausrichten, die Kontrolle über unser Verhältnis zur und das Wissen über Medizin zurückzuerlangen (S. 68).

Federicis Vorhaben ist die Beantwortung der Fragen: Was formt unseren Körper? Wer profitiert davon? Und wie erhalten wir die Kontrolle darüber zurück? Sie zeichnet dazu nicht nur Geschichte(n) des Körpers nach, sondern auch des Kapitalismus und des Widerstands. Zeitgleich versucht uns der Neoliberalismus –

als Metapher für seinen liebsten Lebensentwurf – den Körper als Zellhaufen zu verkaufen, in dem jede Zelle individualistisch und egoistisch ihr eigenes Programm fährt. Diese Sichtweise perfektioniert die Selbstentfremdung. *Jenseits unserer Haut* ist eine Kampfansage: Der feministische Kampf beginnt vielleicht mit einem – von Federici als Wiederaneignungsstrategie vorgeschlagenen – Tanz, der eine «Erforschung dessen darstellt, was der Körper vermag; seiner Fähigkeiten, seiner Sprachen, seines Ausdrucks dessen, wonach das Dasein strebt» (S. 127). Sicherlich aber damit, «uns unseren Körper individuell wie kollektiv wiederanzueignen, sein Widerstandsvermögen wiederzuentdecken und schätzen zu lernen und seine Kräfte auszuweiten und zu preisen» (ebd.).

Lea Dora Illmer

Silke Helfrich / David Bollier: **Frei, Fair und Lebendig**. Die Macht der Commons.

OPEN ACCESS, transcript Verlag, Bielefeld 2019 (400 S.)

«Commoning bedeutet nicht einfach, etwas zu teilen oder *gemeinsam zu nutzen*, wie wir das aus dem Alltag kennen. Es bedeutet, zu teilen beziehungsweise *gemeinsam zu nutzen und zugleich* dauerhafte soziale Strukturen hervorzubringen, in denen wir kooperieren und Nützliches schaffen können.» (S. 20, Hervorhebungen im Original) Das Buch *Frei. Fair. Lebendig* ist ein Plädoyer für eine gemeinschaftliche, basisdemokratische und bedürfnisorientierte Wirtschaftsethik, die – so Helfrich/Bollier – für das Überleben der Menschen und des Planeten unerlässlich ist.

Schon 2012 hat Silke Helfrich mit *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat* ein Standardwerk zur Geschichte der Altmenden/Gemeingüter/Commons und zur Forschung der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Ellenor Olstrom vorgelegt. Silke Helfrich betreibt

das deutsche Commons-Institut, versteht sich als Aktivistin und gilt als wichtigste Expertin für Commons im deutschen Sprachraum.

In ihrem aktuellen Band präsentiert sie zusammen mit David Bollier wieder unzählige Praxisbeispiele und belegt, dass sich rund um den Erdball und in allen denkbaren Bereichen Enthusiast*innen finden, die ihre Energie «analog und digital, rurban und global» (S. 14) für ein gemeinschaftliches und gerechtes Verwalten von Wissen und Gütern einsetzen. Neu richten die Autor*innen ihren Fokus auf Gelingensbedingungen. Dazu gehören die Sinngebung durch soziale Beziehungen, ein Vokabular, das die Prozesse treffend beschreiben kann sowie die Auseinandersetzung mit rechtlichen und staatlichen Hindernissen für entkommerzialisierendes Handeln.

Helfrich/Bollier erachten Commoning als

Instrument, das dem Nationalismus, der Ungleichverteilung, der Klimazerstörung wie auch der Werte- und Sinnkrise viel entgegenzusetzen kann – also als den Weg aus der Krise schlechthin. Voraussetzung sei, unsere Grundannahmen über die Wirklichkeit zu überdenken, die bestimmen, was wir für normal und wünschenswert halten (S. 36). Ihre Kritik zielt auf die Gründerväter der Aufklärung, die den Menschen als völlig frei entwarfen und ein Denken in aufeinanderprallenden Dualismen hervorbrachten: Individuum und Kollektiv, Menschheit und Natur, Geist und Materie. Diese Denktradition habe ermöglicht, den Planeten auszupressen und taue keineswegs zu inklusiven Lösungen (S. 40). Am Beispiel des menschlichen Körpers erläutern sie das Funktionieren eines für Commons tauglichen kooperierenden Organismus (S. 50 f.), der mit der Umwelt und zahlreichen Mikroorganismen dauerhaft im wechselseitigen Austausch steht. Ihr onto-politischer Basisbegriff «ich-in-Bezogenheit» hebt die Gleichzeitigkeit und Vernetzung von «allem mit allem» hervor und fördert ein Seinsverständnis zwischenmenschlicher Verbindungen und gegenseitiger Abhängigkeit. Nur in diesem Geist könnten integrative Gemeinwesen erblühen.

Ein weiteres Kapitel widmen Helfrich/Bollier der Sprache. Denn Wörter, Begriffe und Kategorien beeinflussten wesentlich, was als relevant erachtet und welche logischen Folgerungen daraus abgeleitet würden. «Fehlt eine Ausdrucksmöglichkeit für ein Phänomen, signalisiert dies indirekt, was wir für unwichtig halten.» (S. 55) In einem ausführlichen Lexikon (S. 61 f.) diskutieren sie Begriffe und Dichotomien aus der Welt von Markt und Kapital, die mit ihrer herkömmlichen logischen Verknüpfung für das Realisieren von Commons problematisch seien, und entwickeln Begrifflichkeiten, die erlauben, in Bezogenheit auf ein soziales Miteinander zu denken und – etwas verkürzt rezipiert – sich vor alltäglicher Marktmanipu-

lation zu schützen. Den Wortstamm von Commons – Commoning – Commoner erläutern sie zum Beispiel folgendermassen: «Alle drei Begriffe sind abgeleitet aus den lateinischen Wörtern <cum> und <munus>. <Cum> bedeutet <mit> und verbindet etwas; <munus> bedeutet Dienstleistung, Pflicht, Verpflichtung und manchmal Geschenk. Beide zusammen, <cum> und <munus> – etwa in Kommunion, Kommunikation und Kommunismus – verbinden zum Beispiel Reden und Zuhören oder Rechte und Pflichten. Das <cum> zeigt zudem an, dass eine Angelegenheit auch auf andere bezogen ist.» (S. 64)

Als wesentlich für die Entwicklung von Commons betrachten Helfrich/Bollier weiter die rechtliche Verankerung von Gemeinschaftsbesitz. Denn nicht wenige kollektive Projekte fallen bereits in der zweiten Generation dem Markt zum Opfer, wenn sie juristisch falsch aufgezümt sind. Erneut streifen die beiden durch die Geschichte, diesmal zu den Wurzeln des Rechtsempfindens, die dem westlichen Eigentumsbegriff zugrunde liegt. Dabei geht es «im Ergebnis nicht darum, (den Rechtsbegriff) Eigentum abzuschaffen, sondern die Dinge, die wir benutzen (meist ebenfalls als <Eigentum> bezeichnet), in ihrem reichhaltigen, vielfältigen und sinnstiftenden Beziehungsnetz – sozial, wirtschaftlich, ökologisch und in der Zeit – zu verorten und dann inklusivere Formen des Habens zu fördern» (S. 200). Allerdings sind der dauerhaften Entkommodifizierung im westeuropäischen Rechtssystem enge Grenzen gesetzt. Teilformen, die sich im virtuellen Raum etablieren, lassen sich im Bereich von Gütern und Boden nur mit kreativen Winkelzügen juristisch sichern. Wie wenig trivial dies ist, diskutieren Helfrich/Bollier am Beispiel des deutschen Mietshäuser-Syndikats (S. 236), das ein ausgeklügeltes Rechtskonstrukt entwickeln musste, um sicherzustellen, dass einmal dem Markt entzogener Wohnraum über Generationen hinweg unverkäuflich bleibt.

«Es mag utopisch erscheinen, im modernen Leben Sphären der Nichtveräusserbarkeit schaffen zu wollen. Schliesslich hat die moderne Gesellschaft ein geradezu religiöses Verhältnis zum Eigentum. Und doch ist es weder abwegig noch unpraktikabel.» (S. 215)

Vorhaben in diese Richtung nennen Helfrich/Bollier «legal Hacking». Den Begriff entlehnen sie der freien Software-Bewegung, die sich bereits in den 1980er-Jahren gegen den Zugriff von Markt und Kapital durch Urheberrechte und Copyrights zur Wehr setzte und mit Hilfe kreativer Jurist*innen die sogenannte General Public License (GPL) erfand. Diese berechtigt Programmierende, ganz klassisch darüber zu bestimmen, wie die Software weiter genutzt werden darf, verfügt aber gleichzeitig, dass alle GPL-lizenzierten Codes allen erlauben, sie kostenfrei zu kopieren, weiterzugeben und zu verändern, ohne vorher die Erlaubnis der Urheber*in einholen zu müssen. Dieser Winkelzug hat den Aufstieg von freier und quelloffener Software rechtlich möglich gemacht und unzählige Nachahmer*innen inspiriert und vor Gerichtsverfahren bewahrt (S. 240 f.).

Äusserst selten finden Projekte, die Menschen ausserhalb des Marktes vernetzen und versorgen, staatliche Unterstützung. Dies, so Helfrich/Bollier, weil der moderne Nationalstaat systemisch auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, sich folglich zum Helfershelfer der Mächtigen und Reichen macht und freien Tausch kriminalisiert und unterbindet (S. 279). Die Chancen, staatliche Macht so nutzen und gegebenenfalls verändern zu können, dass sie commons-freundliche Modi der Selbstwer-

dung anerkennt, stünden schlecht. Denn staatliche Macht basiere auf bürokratischen Masterplänen und passe strukturell schlecht zu lebendigen, sozialen Systemen.

Mit ihrer Staatskritik und dem Plädoyer, sich im ausserpolitischen Raum anzusiedeln, beziehen sich Helfrich/Bollier auf den «radikalen Reformismus» von Joachim Hirsch und Murray Bookchin. Dieser setzt statt auf eine revolutionäre Machtergreifung auf Veränderung durch neue Beziehungsgeflechte und schliesst die Selbstveränderung der Menschen mit ein. «Die Veränderung beginnt damit, die Revolution zu *sein* anstatt sie zu *machen*.» (S. 275) Als Instrument der Ermächtigung könne Commoning mit Parallelökonomien den konventionellen Markt-Staat strukturell aushebeln, indem es ihm «den Treibstoff entzieht und der Mega-Maschine genau das vorenthält, was sie antreibt und aufrechterhält – nämlich uns selbst.» (S. 277)

Trotz wissenschaftlichen Anspruchs bemühen sich die beiden Autor*innen um eine allgemeinverständliche Sprache. Das wirkt auf geübte Leser*innen mitunter etwas redundant. Kritische Stimmen vermessen auch Negativbeispiele, welche gescheiterte Commons-Versuche analysieren. Lobend muss aber unterstrichen werden, dass Helfrich/Bollier einen reichen Gedankenfundus und unzählige Commons-Initiativen zusammentragen, die das Potenzial bergen, die aktuelle Welt dominanz zu unterwandern. Wer Selbstverwaltung und Umverteilung lebt, findet reichhaltig Anregung, Dinge neu zu denken, um sich «Schritt für Schritt von Märkten [...] und anderen vermeintlichen Zwängen zu emanzipieren» (S. 176).

Nina Schneider

Karl Marx: **Debatten über das Holzdiebstahlggesetz.** Von einem Rheinländer.

In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Bd.1 (MEW 1) (S.109-147)

Dieser Zeitschriftenartikel von 1842 zeigt einen sehr frühen, noch «unmarxistischen» Marx: Es ist noch keine Rede von Proletariat, Zyklus und Krise. Umso interessanter ist die Lektüre dieses journalistischen Textes gerade im Kontext der Enteignung. Sie lässt verstehen, warum bereits der (ganz) junge Marx für die zarte Demokratiebewegung jener Zeit ein zentraler Autor war, und was den ungestümen Hass der Behörden ausgelöst hat, die ihn zunächst zensiert, dann exiliert haben. Er tritt auf als scharfer Analytiker der politischen Ereignisse, dessen Parteinahme für die entrechteten Schwachen kein partikularistisches Sektierertum ist (wie ihm bis heute vorgeworfen wird), sondern der die Mächtigen an allseits geteilten normativen Standards misst und die Inkonsistenz ihrer Herrschaftspraktiken detailliert und ungeschönt sichtbar macht. Er zeigt auf, wie vielschichtig die fortschreitende Etablierung marktförmigen Privateigentums (Marx nennt es «ein Gemeingut monopolisieren», S.120) nichtbesitzende Menschen *enteignet*: Der gewohnte Zugang zu bis dato geteilten Ressourcen – hier dem umherliegenden «Raffholz» (S.119) – wird versperrt, auch Recht und Staat drohen zur Beute zu werden (Entrechtung und politische Entmündigung folgen). Mit ihrer Hilfe wird schliesslich eine weitere Ausbeutung in Angriff genommen: neben die eigentumsbasierte Ressourcensperre tritt die Androhung empfindlicher Strafen für den blossen Versuch, sich weiterhin mit dem Nötigsten zu versorgen. Marx zeigt in der Nachzeichnung der Debatten darüber (die de facto eher Monologe der Profiteure sind), wo rechtliche «Erschleichungen» liegen und wie eine der zunehmenden Vermarktlichung *angemessenere* Gesetzgebung aussehen müsste. Es gibt daneben innovative Methoden, die kulturtheoretisch von bleiben-

dem Interesse sind: neben der Sprachkritik etwa hochinteressante visuelle Metaphern, theatrale Momente der Metamorphose, und eine Kritik des modernen Fetischismus, der Dinge über Menschen stellt.

Der normative Fluchtpunkt dieser Schrift ist demokratisch: Marx analysiert Verhandlungen des rheinischen Landtags – einer preussisch-deutschen Schrumpfform des Parlamentarismus, in der nur städtische und ländliche Grundbesitzer repräsentiert waren und die als beratendes Gremium keine Gesetze erlassen durfte. Das Beispiel sollte den demokratisch Gesinnten zeigen, «was von einer Ständeversammlung der Sonderinteressen, würde sie einmal ernstlich zur Gesetzgebung berufen, zu erwarten sei» (S.146); nämlich eine Aushöhlung von Recht und Staat zugunsten ökonomischer Sonderinteressen. Der Waldeigentümer wolle «das öffentliche Recht in sein Privateigentum» verwandeln und «sich selbst an die Stelle des Staats» setzen (S.140). Wer die bestehende Rechtslage ernst nahm, musste alarmiert sein von der Bedenkenlosigkeit, mit der über sie hinweggeschritten wurde. Wer gar an weiterer Demokratisierung interessiert war, wurde zur Einsicht gedrängt, dass eine Kompetenzerweiterung der bestehenden Ständeversammlungen dafür nicht ausreichen würde, sondern neue Institutionen anzustreben waren. Der Text nimmt damit einen empfindlichen Punkt späterer Debatten in der Sozialdemokratie vorweg – das Verhältnis der Bewegung zum bestehenden Staat und die künftige Rolle des Staates im Sozialismus.

Benennen wir zuerst, worum es in der Sache geht. Den späteren Schriften Karl Polanyis vergleichbar, beobachtet Marx eine Ausweitung und Verschärfung verrechtlichter privater Eigentumsansprüche, die zu sozialen Verwer-

fungen führte. Zwar glorifiziert er nicht das Mittelalter, doch zeigt er, wie lang eingespielte Gewohnheiten im Prozess der Marktausweitung verloren gehen – die bürgerliche Umstellung vollzieht sich «einseitig» (S. 118): Sie radikalisiert Herrschaftsansprüche der Besitzenden, vergisst jedoch die Gegen-Rechte des «Nichtbesitzers» (ebd.). Den Feudalismus zeichnet Marx als unaufhebbare und darin naturalisiert erscheinende Ungleichheit («das geistige Tierreich», S. 115). Dagegen transportiert die neue Zeit ein Freiheitsversprechen für alle: Das «menschliche Recht» sei das «Dasein der Freiheit» (S. 115), das sich durch die «Form des Gesetzes, der Allgemeinheit und Notwendigkeit» (S. 116) Geltung verschaffe (alle sollten vor dem Recht gleich sein, darin steckt mehr Kant als Hegel). Bislang allerdings hätten «selbst die liberalsten Gesetzgebungen» nur die Vorrechte der *Besitzenden* in Rechtsform gebracht, weil nur sie schon positiviert waren («Wo sie keine Rechte vorfanden, gaben sie keine», S. 117). Damit gehen die Vorteile verloren, die das alte Rechtssystem für ärmere Schichten noch parat hielt. Marx nennt drei davon:

Erstens waren die alten Rechtstitel «dualistischen, zwiespaltigen Wesens» (S. 118) zwischen Privat- und Gemeineigentum. Da nicht alles «den Charakter des vorherbestimmten Privateigentums erlangen» konnte (ebd.), gab es *Nischen* und Oasen. Zweitens war gerade durch die fixen sozialen Unterschiede eine «zufällige», das heisst nicht rechtlich fixierte, doch gewohnheitsmässige *Unterstützung* für die Armen verbreitet, etwa in den Klöstern oder Almosen der Reichen (S. 117, 119); es gab eine Verpflichtung des «schwankenden Eigentums gegen die ärmere Klasse» (S. 118). Drittens schliesslich herrschte selbst da, wo es zu Mundraub kam, eine Kultur der *Billigkeit* («Milde», S. 120). Ein solcher Raub würde privatrechtlich («bürgerlich», S. 111), nicht strafrechtlich geahndet, Armut oder Unglück war kein Verbrechen. Marx folgert daraus, dass der

«weise Gesetzgeber» auch die nicht-positivierten Rechte in die neue Rechtsform überführen müsse: auch das alte Gemeineigentum wäre in moderne Form, alte, «zufällige Konzessionen» in «gesetzliche Ansprüche» zu transformieren (S. 117). Klassenschranken müssten durchlässiger werden, und ärmere Klassen bedürften «einer realen Möglichkeit von Rechten» (S. 120), wirtschaftlicher wie politischer Art (es gelte, ihnen eine «angemessene Stelle» in der «bewussten Staatsgliederung» zu geben, S. 119). Eine Transformation der «Milde» schliesslich ist in Marx' Einsatz für faire Rechtskultur und consequenten «Staatsgedanken» (S. 126) zu sehen: «Der Staat muss in einem Holzfrevler mehr sehen als einen Frevler am Holz [...] einen Menschen, [...] vor allem einen Staatsbürger» (S. 121).

Marx legt also den Finger in die Wunde der halb-vollendeten Modernisierung der überkommenen Wirtschafts- und Rechtskultur. Er beschreibt dann, wie die Profiteure, adlige und bürgerliche Waldeigentümer, statt dieses Werk zu Ende zu bringen, den Zustand festzuzurren versuchen, ja für ihre Interessen zurückschrauben wollen. Den Armen wird ihr Gewohnheitsrecht, umherliegendes totes «Raffholz» zu sammeln, streitig gemacht (obwohl es nicht dem Baumeigentümer gehöre, da der Baum es von sich abgeworfen habe, S. 119). Zuwiderhandeln solle gleich mehrfach *bestraft* werden: durch Ersetzen des Schadens, zusätzliches Schmerzensgeld sowie staatliche Ordnungsstrafen, die abermals den Eigentümern zukämen. Da der (geringe) Wert des toten Holzes so auf wundersame Weise auf Kosten der Armen vermehrt werde, spricht Marx bereits von «Mehrwert» (S. 139), Kapital und Ausbeutung (S. 132). «Es wundert uns nur, dass der Waldeigentümer nicht auch seinen Ofen mit den Walddieben heizen darf.» (S. 139) Ebenso schwer wiegt jedoch, dass durch diese «masslose Rücksichtslosigkeit» der Sinn des Staates unterhöhlt wird: Es hat «das Privatinteresse den Staat zu den Mitteln des Privatinteresses»

erniedrigt (S. 126), so werde auch die Funktion des Rechtes «auf das Tiefste herabgewürdigt» (S. 123). Neben die Kritik der Enteignung tritt also bereits eine frühe Verdinglichungskritik; ebenfalls zu erahnen ist schon Marx' Zweifel am Willen des Bürgertums, die «politische Emanzipation» zu erkämpfen.

Schliesslich wird auch das Kulturverständnis berührt. Da die Vorgeschichte bislang uneingelöst ist, gilt es, sie gegenwärtig zu halten (das erinnert an anti- und postkoloniale Bewegungen, die ja nicht anti-modern sind, sondern eine *volle* Transformation verlangen, auch der bewahrenswerten Seiten eigener Traditionen). Sie wirkt einstweilen auf gespenstische Weise weiter: Marx zeigt, wie uneingelöste ältere Rechte der Armen Traumgestalten annehmen, ihre unterdrückte Emanzipation führt zu fantastischen Transmutationen. Wie in der schwarzen Romantik erscheint alles seltsam verhext. Erhalten die Waldeigentümer «in poe-

tischer Selbstentzückung» (S. 128) eine hölzerne Seele (S. 120; noch im Fetischkapitel des *Kapitals* der Tisch einen «Holzkopf», MEW 23, 85) und feiern, wenn «die hölzernen Götter siegen, und die Menschenopfer fallen» (S. 111), so neigt sich andererseits die Natur selbst, wo die Menschen es nicht tun, den Armen wie in einem Schauspiel zu: «Die Natur selbst stellt [...] den Gegensatz der Armut und des Reichtums dar». Die menschliche Armut «empfindet in diesem Treiben der elementarischen Mächte eine befreundete Macht, die humaner ist als die menschliche» (S. 119). Hoffnung erwächst also aus der Natur. Hier folgt Marx einer literarischen Imagination und deutet bereits auf Freud vor, doch haben die Fantasien bei Marx eine klare politische Botschaft. In ihrer ungeahnten Aktualität und Reichhaltigkeit ist diese frühe Marxsche Arbeit noch heute der Lektüre wert, sie wird durch zahllose Entdeckungen belohnt!

Christoph Henning

Thomas Piketty: **Kapital und Ideologie.**

München, C.H.Beck, 2020 (1312 S.)

Er war ein Überflieger. 1971 geboren und aus vermögenden Verhältnissen stammend, studierte Thomas Piketty an der *École Normale Supérieure*, einer der prestigeträchtigsten Eliteschulen Frankreichs. Seine Dissertation, die er bereits 1993 in sehr jungem Alter abschloss, erstellte er im Rahmen eines europäischen Doktoratsprogramms für Wirtschaftswissenschaften an der Pariser *École des Hautes Études en Sciences Sociales* (EHESS) und an der London School of Economics (LSE). Anschliessend war er als Assistenzprofessor am Massachusetts Institute for Technology in den USA tätig, bevor er nach Frankreich zurückkehrte und Studienleiter am nationalen Forschungszentrum CNRS wurde. 2005 beauftrag-

te Premierminister Dominique de Villepin ihn mit der Gründung einer neuen Wirtschaftshochschule in Paris: Die Paris School of Economics (PSE) entstand durch die Fusion der Forschungsabteilungen mehrerer renommierter Hochschulen und setzte sich das Ziel, mit der angelsächsischen Konkurrenz rivalisieren zu können. Nach drei Jahren in der Leitung dieses Projekts beziehungsweise als erster Direktor der PSE gab Thomas Piketty dieses Amt wieder ab, um sich vermehrt der eigenen Forschung widmen zu können.

Aus dem Überflieger ist ein Schwergewicht im Feld der Wirtschaftswissenschaften sowie ein öffentlicher Intellektueller geworden. Entscheidend für seine internationale Reputation

war die Veröffentlichung des Buchs *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (2013 im französischen Original erschienen, 2014 auf Englisch und Deutsch), in dem Thomas Piketty die langfristige Entwicklung der wirtschaftlichen Ungleichheiten dokumentiert und die These vertritt, dass die Kapitalrendite über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum liegt, was zu einer steigenden Konzentration der Vermögen führt. Das Buch passte sehr gut zur Stossrichtung der seit 2011 durch Occupy Wall Street in den USA und Bewegungen in zahlreichen anderen Ländern ausgelösten Diskussionen, welche die Macht des «einen Prozent» der Reichsten skandalisierte. Der Verfasser scheut selbst ebenfalls nicht vor politischen Stellungnahmen zurück. Dabei mischt er sich aber nicht primär unter die protestierenden Menschenmengen, sondern tritt als Berater von Politiker*innen auf, etwa von Ségolène Royal in Frankreich oder von Jeremy Corbyn in Grossbritannien. Seine Rolle als öffentlicher Intellektueller nimmt er auch durch aktuelle Beiträge in den Medien wahr, zum Beispiel auf seinem Blog bei der Tageszeitung *Le Monde*.

Mit *Kapital und Ideologie* legt Thomas Piketty nun ein umfangreiches Nachfolgewerk vor. Es stützt sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse eines seit Beginn der 2000er-Jahre entwickelten Netzwerks von Forscher*innen aus verschiedenen Ländern, die sich heute als World Inequality Lab bezeichnen und auf der Seite der World Inequality Database (WID.world) ihre Publikationen, Grafiken und Zahlenreihen zugänglich machen. So sehr das neue Buch *Kapital und Ideologie* als grosses Werk eines einzelnen Autors erscheint, so wichtig ist es, diese kollektive Forschungsarbeit im Auge zu behalten, ohne die es niemals möglich geworden wäre. Im Vorwort würdigt der Verfasser die gemeinsamen Anstrengungen von über hundert Forschenden, die sich mit mehr als achtzig Ländern auf allen fünf Kontinenten beschäftigen. Er bemüht sich

zudem um Transparenz in Bezug auf Daten und Methoden: Auf seiner persönlichen Seite an der PSE sind das Buch ergänzende Dokumente greifbar, darunter ein technischer Anhang, der die Quellenlage präzisiert und das methodische Vorgehen erläutert (piketty.pse.ens.fr/fr/ideologie). Dies ist vermutlich auch eine Antwort auf die vielfältigen, teilweise forschungsmethodischen Kritiken, welche *Das Kapital im 21. Jahrhundert* hervorgerufen hat.

Kapital und Ideologie setzt in vielerlei Hinsicht die Untersuchungen fort, auf denen das vorgehende Opus Magnum beruhte. Gleichzeitig verschiebt es den Fokus in zweifacher Hinsicht: Zum einen will Thomas Piketty seine ökonomischen Untersuchungen mit einer Analyse von Ideologien verbinden, die zur Rechtfertigung von Ungleichheiten dienen. Letztlich schreibt er eine Geschichte der Abfolge von Ideologien, welche die Gesellschaft in verschiedene Gruppen teilen und soziale Ungleichheiten rechtfertigen. Dabei verwendet er keinen pejorativen Ideologiebegriff: Jede Gesellschaft ist schliesslich gezwungen, soziale Ungleichheiten zu rechtfertigen, und der Verfasser will diese Ideologien ernst nehmen und etwas aus dem Widerstreit der Ideen lernen. Zum anderen hat er sich das Ziel gesetzt, die einseitig westliche Perspektive, die *Das Kapital im 21. Jahrhundert* prägte, zu relativieren und eine Dezentrierung des Blicks vorzunehmen, indem er aussereuropäischen Gesellschaften (allen voran Indien, China und Brasilien) ausführliche Kapitel widmet und die kolonialen Beziehungen zwischen dem Westen und den anderen Weltregionen einer kritischen Analyse unterzieht. Kein einfaches Unterfangen für einen Autor, der nur des Französischen und des Englischen mächtig ist, wie er im Schlusswort selbstkritisch festhält – doch ist das Bemühen um den Einbezug der postkolonialen Literatur an vielen Stellen spürbar. Um die politischen Kämpfe um soziale Ungleichheiten zu analysieren, stützt sich Thomas Piketty zudem

oft auf das Begriffspaar des Eigentums und der Grenze: An der Eigentumsordnung entzündet sich die soziale Frage, während das Grenzregime die nationale Frage aufwirft – oder anders gesagt: die Frage nach den Zugehörigkeiten und Identitäten. Das Zusammenspiel beider Aspekte ist zentral, um zu verstehen, wie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen aufgebaut sind und funktionieren.

Das Buch umfasst 1312 Seiten und ist in vier Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil untersucht Thomas Piketty den Übergang von den dreigliedrigen Gesellschaften des europäischen Mittelalters (Klerus, Adel und arbeitender Stand) in die Eigentümergeellschaften der Moderne. Bei diesem Prozess stand nicht nur die Auflösung der alten Stände auf dem Spiel, sondern auch die Trennung von Wirtschaft und Politik: Hoheitliche Aufgaben sollten von wirtschaftlicher Macht entflechtet und an den Staat übertragen werden, während es allen Menschen offenstehen würde, Eigentum zu erwerben und wirtschaftliche Aktivitäten nach ihrem Gutdünken zu betreiben. Im zweiten Teil widmet sich der Verfasser den Sklavenhalter- und Kolonialgesellschaften. Er untersucht, wie sich die Abschaffung der Sklaverei in die Eigentumsordnung der westlichen Staaten einfügte: Zum Beispiel wurden in Frankreich und England die Sklavenhalter für den Verlust ihres Eigentums finanziell entschädigt, nicht aber die Sklaven und Sklavinnen für das erlittene Unrecht. Und er geht der Frage nach, wie die koloniale Herrschaft sich auf die Entwicklung der dreigliedrigen aussereuropäischen Gesellschaften auswirkte. So festigte etwa die britische Kolonialverwaltung das indische Kastensystem und machte es zum Ausgangspunkt politischer Auseinandersetzungen, die das Land bis heute prägen. Im dritten Teil geht es sodann um die «grosse Transformation im 20. Jahrhundert», auf Grund derer sich sozialdemokratische und kommunistische Gesellschaften entwickelten und eine in der früheren

Geschichte unerreichte Dekonzentration von Einkommen und Eigentum herbeiführten, bevor sich ab den 1980er-Jahren das Blatt wendete und ein Hyperkapitalismus Fuss fasste, der das Privateigentum heiligt und die Reichen bewundert. Die proprietaristische Ideologie, der es um die prinzipielle Verteidigung des Eigentums ohne Rücksicht auf Verluste geht, erlebt vor diesem Hintergrund eine spektakuläre Renaissance. Im vierten und letzten Teil wendet sich der Verfasser schliesslich dem Wandel der politischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahrzehnten zu, die sich im Westen insbesondere durch einen Rückzug der unteren Schichten von den Wahlen sowie durch die Akademisierung der linken Parteien auszeichnen. Die Klassenfrage verschwindet deshalb hinter Identitätskonflikten, während sich zum Beispiel in Indien und Brasilien im Gegensatz dazu neue Konfliktlinien entfalten, die deutlich an Klassenunterschieden orientiert sind.

Während Thomas Piketty der kommunistischen Erfahrung auf Grund ihrer einseitigen Fixierung auf Staatseigentum und des autoritären Charakters kaum Positives abzugewinnen vermag, möchte er an die Errungenschaften der sozialdemokratischen Gesellschaften anknüpfen und diese vertiefen, um eine Alternative zum oben erwähnten Hyperkapitalismus zu entwerfen. In seinen Augen sind die sozialdemokratischen Gesellschaften insbesondere an zwei Herausforderungen gescheitert. Zum einen ist es ihnen nicht gelungen, angesichts der Bildungsexpansion und des steigenden Zugangs zum Hochschulstudium adäquate Normen der Bildungsgerechtigkeit zu entwerfen und umzusetzen. Am Beispiel Frankreichs rechnet der Verfasser vor, wie ungleich und ungerecht auch in einem staatlichen Bildungssystem die Ressourcen verteilt sind. Die sozialdemokratischen Parteien haben es nicht nur unterlassen, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen; vielmehr sind sie selbst zu den Parteien der Gewinner*innen des verschärften Bildungswett-

bewerbs geworden. Es verwundert deshalb nicht, dass Angehörige der unteren Schichten sich in zunehmendem Ausmass rechten Parteien zuwenden, sofern sie überhaupt noch an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Zum anderen haben die sozialdemokratischen Gesellschaften keine überzeugende Antwort auf die Internationalisierung der wirtschaftlichen Prozesse gefunden. Sie blieben im nationalstaatlichen Denken verhaftet und liessen sich in eine Logik des Standortwettbewerbs einbinden, welche Länder im Wettbewerb miteinander sieht, statt auf internationale Kooperation zu setzen. Dieses Versagen setzt sich in der Entwicklung der Europäischen Union fort, die einseitig auf marktwirtschaftliche Politiken setzt und kaum solidarische Prozesse über die Ländergrenzen hinweg zur Entfaltung bringt.

Wenn Thomas Piketty am Ende des Buchs seine Vorschläge für einen «partizipativen Sozialismus des 21. Jahrhunderts» präsentiert, meint er mit Partizipation sowohl die Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern als auch die aktive Teilnahme an politischen Prozessen. In seinen Augen ist es möglich, den Kapitalismus durch Weiterentwicklungen von Institutionen sozialdemokratischer Gesellschaften zu überwinden. In diesem Sinne könnte seine Strategie als ein institutioneller Radikalismus bezeichnet werden. Die Erfahrungen mit der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland und den nordischen Staaten sollen vertieft werden, um die Macht in den Unternehmen wirklich aufzuteilen – etwa durch Beschränkungen der Stimmrechte von Grossaktionären und Aktien für Beschäftigte, damit diese als Kollektiv mehrheitsfähig werden. An die Erfolge der progressiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften im 20. Jahrhundert soll wieder angeknüpft werden, um dafür zu sorgen, dass Eigentum einen temporären Charakter erhält – indem es zum Beispiel dank einer sehr hohen Besteuerung von Erbschaften

nur noch in begrenztem Mass von einer Generation auf die nächste weitergegeben werden kann – sowie in der Gesellschaft breit gestreut und gleichmässiger verteilt wird – etwa indem jede*r junge Erwachsene mit 25 Jahren eine einmalige Kapitalausstattung in der Höhe von sechzig Prozent des Durchschnittsvermögens erhält. Der Verfasser plädiert zudem für progressive Sätze bei Umweltsteuern, für neue Normen der Bildungsgerechtigkeit – zum Beispiel ein gesetzlich verbürgter Anspruch auf weitere Ausbildungen für Menschen ohne höhere Abschlüsse – sowie für allgemeine Gutscheine zur Parteifinanzierung. Diese sollen allen Mitgliedern der Gesellschaft ein grösseres Gewicht im politischen Prozess geben und die Abhängigkeit der Parteien von grossen Spenden einschränken. Am Ende der reichhaltigen Palette von Vorschlägen steht ein Plädoyer für einen globalen Sozialföderalismus, um aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Staaten und Regionen auszubrechen und mit neuen Formen der Solidarität und Souveränität zu experimentieren.

Kapital und Ideologie ist ein beeindruckendes Werk. Vor dem gewaltigen Umfang braucht niemand zurückzuschrecken, denn das Buch ist so geschrieben, dass durchaus einzelne Teile oder Kapitel zum Lesen herausgepickt werden können. Die sehr breite empirische Datenbasis wird durch Thomas Piketty mit einem fast schon enzyklopädisch anmutenden Wissen über verschiedene Länder und Epochen verbunden. In konzeptueller Hinsicht ist die Argumentation allerdings nicht immer stringent und präzise. Es fällt zunächst ein gewisses Ungleichgewicht zwischen den beiden Schlüsselbegriffen Eigentum und Grenze auf: Während der Verfasser sich in den Theorien des Eigentums wie ein Fisch im Wasser bewegt, bleiben die Ausführungen zur Grenze relativ vage. Er beklagt zwar wiederholt die «sozialnativistische Falle», die soziale Rechte für die einheimische Bevölkerung mit einer Abwehr von Zuge-

wanderten verbindet, lässt aber eine Analyse der Migrationspolitiken und Grenzregimes vermissen. Absolut überzeugend ist seine These von der Akademisierung der linken Parteien, doch für ein vertieftes Verständnis der Bedeutung der Bildungssysteme für die Reproduktion sozialer Ungleichheiten wäre es notwendig, sich systematischer mit Erkenntnissen der Bildungssoziologie auseinanderzusetzen. Ähnliches lässt sich mit Blick auf den Ideologiebegriff festhalten: Hier könnte ein Bezug auf die französische Konventionen-Ökonomie weiterhelfen, die sich mit der Pluralität von Rechtfertigungsordnungen im Wirtschaftsleben beschäftigt. Inwiefern die Entwestlichung des Blicks gelungen ist, scheint ebenfalls fraglich: Letztlich muss sich der Verfasser eben doch vorhalten lassen, eine weitere grosse Erzählung geschrieben zu haben, die im Kern von der europäischen Geschichte ausgeht.

Ein solches Buch bringt zwangsläufig die Gefahr mit sich, dass eine gewisse Rezeption

sich darauf stützen möchte wie auf eine Bibel, in der alles bereits gesagt ist. Thomas Piketty stünde dann als Salon-Sozialist da, der im stillen Kämmerlein endlich die richtigen Lösungen für die Zukunft der Menschheit gefunden hätte. Er selbst merkt zwar an unzähligen Stellen an, seine Überlegungen und Vorschläge seien unvollendeter Natur und bloss als Grundlagen für weitere Beratungen gedacht. Aber das Werk ist von einem totalisierenden Duktus durchdrungen, der zweifellos manchen Leser*innen – den wohlwollenden eher noch als den kritischen – die Sprache verschlägt. Es ist deshalb unbedingt unsere Aufgabe, *Kapital und Ideologie* nicht nur zu lesen, sondern auch zu kritisieren. Denn der partizipative Sozialismus, den sich der Verfasser herbeiwünscht, wird nicht ohne Kontroverse und Widerspruch auskommen: auch dies eine Lehre aus der Vergangenheit, die wir uns zu Herzen nehmen sollten.

Peter Streckeisen

Ernst Hubeli: **Die neue Krise der Städte.** Zur Wohnungsfrage im 21. Jahrhundert.

Rotpunktverlag, Zürich 2020 (192 S.)

Das kleine Buchformat täuscht: Die gut 150-seitige Auslegeordnung über die Herausforderungen und Anachronismen der Wohnbaupolitik sowie die individuellen Ansprüche ans Wohnen beinhaltet eine geballte Ladung an historischen Querverweisen, Analogien, Hintergründen und Denkanstössen. Die Lektüre fordert den Leser, die Leserin. Die Übersicht zu behalten ist nicht immer einfach angesichts der zahlreichen Ebenen und Zugänge zur Thematik. Im Zentrum stehen nicht nur Fragen nach dem Recht auf Wohnen, das im Widerspruch steht zu Boden- und Immobilienbesitz, sondern auch grundsätzliche Überlegungen zur Rolle von Heimat, Wohnen und urbanem Leben.

Der Autor holt weit aus. Ernst Hubeli, ehemaliger Professor und Leiter des Instituts für Städtebau an der Technischen Universität Graz, Chefredaktor der Fachzeitschrift *Werk* und Mitinhaber des Architekturbüros Herczog Hubeli in Zürich, kann aus dem Vollen schöpfen. Und tut dies mit grosser Lust. Schon im Einführungskapitel spannt er den Bogen von Homers Volksepos mit Odysseus' Heimkehr ins Ehebett unter dem Olivenbaum über Friedrich Engels' Schilderungen des Wohnungselends im London des 19. Jahrhunderts bis zu Martin Heideggers Definition von Wohnungsnot als «Heimatlosigkeit der Menschen». Abgeleitet von Heideggers Frage, «ob Wohnen erst <das Sein>

ermöglicht und ob «das Sein» sich im Wohnen wiedererkennen kann», spinnt Hubeli den Faden weiter und fragt: «Spiegelt das Wohnen die Gesellschaft? Oder spiegelt die Gesellschaft das Wohnen?» (S.10)

Globales Kapital entmachtet die Stadtgesellschaft. Ausgehend von solchen Grundsatzfragen, beleuchtet der Autor in einer fast 40-seitigen Einführung erst einmal die «politische Ökonomie der Seelenkisten» (S.8). Hubeli ortet in der heutigen Gesellschaft einen Rückzug ins Private. Das eigene Zimmer ist gleichzeitig intimes Nest und der Hub zur Welt. Genauso, wie wir als Individuen Teil eines weltweiten Netzwerks sind, verhält es sich mit unseren Wohnungen: Immer öfter gehören sie global agierenden Immobilienkonzernen. Die US-amerikanische Soziologin Saskia Sassen spricht in diesem Zusammenhang von einer «Finanzialisierung der Städte, deren dereguliertes Wachstum eine schleichende Entmachtung der Stadtgesellschaft nach sich zieht, die in der Folge einer zunehmenden Verödung und Entwertung ihrer urbanen Alltagskultur ausgesetzt ist» (S.18). Doch nicht nur die Stadtkultur ist bedroht, sondern letztlich auch das Wohnen in der Stadt. Durch die wachsende Nachfrage nach städtischen Immobilien vervielfachten sich die Bodenpreise in den Zentren. Dies wiederum hat dramatische Auswirkungen auf die Mietpreise, sodass sich vielerorts Normalbürgerinnen und -bürger die Wohnung in der Innenstadt gar nicht mehr leisten können. Dazu zitiert Hubeli eine Stadtanalyse von UN-Habitat, dem Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen: «Im Unterschied zum Kapital kann Boden weder akkumuliert noch vernichtet werden. Er ist ein Allgemeingut und seine Privatisierung in sich ein Widerspruch. Ohne eine Sozialisierung des Bodens sind Entwicklungen der Städte nicht zu lenken. Das gilt auch für das Wohnen.» (S.21)

Im Kapitel «Wohnen – Paradox und Widerspruch» – veranschaulicht Hubeli seine These,

dass die Immobilienwirtschaft an überholten Wohnformen festhält und heute nach wie vor Unterkünfte für bürgerliche Kleinfamilien baut, obschon sich der Grossteil der Gesellschaft längst von dieser Lebensform verabschiedet hat. Trotzdem gibt es für die Branche keinen Grund, ihre Investitionspolitik zu ändern, solange die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum weiterbesteht. In zehn Punkten zeigt Hubeli auf, in welche Richtung sich das Wohnen und die Bodenpolitik entwickeln müssten, um städtisches Leben zu schützen und zu fördern, damit es nicht so weit kommt wie etwa in Berlin, aber auch in vielen anderen Städten: «Wer unten ist, wird in eine andere Stadt oder an die Ränder verbannt. Und die verteuerte Stadt entmischt und homogenisiert sich, das Urbane und dessen Vitalität sterben ab. Dieser Kreislauf hat ein selbstzerstörerisches Moment: Wenn die Stadt und ihr Zusammenhalt auf ein Geschäft schrumpfen, wird ihr auch die Luft entzogen; wenn die Stadtgesellschaft zur Aktiengesellschaft verkümmert, wird ihr auch das wirkliche Kapital einer Stadt entzogen: ihre Leerstellen, ihre Möglichkeiten, unterschiedliche Lebensentwürfe zu realisieren, im konkreten, mentalen und im metaphorischen Sinn.» (S.69)

Im Kapitel «Enteignung» stellt Hubeli den aktuellen «Berliner Aufstand» gegen die Vormacht der Immobilienkonzerne, die enormen Mietpreisentwicklungen und die damit verbundene rasante Gentrifizierung der Stadt ins Zentrum. Als Beispiel einer besonders negativen Stadtentwicklung schildert der Autor die Entwicklung Dublins, einer einst beschaulichen charaktervollen Stadt, deren sich globalisierte Konzerne widerstandslos bemächtigen konnten. Das wirkt sich negativ auf die Architektur der Stadt aus, wie auch auf das Stadtleben: Weil ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft nicht unter 1000 Euro, und eine Einzimmerwohnung nicht unter 1800 Euro zu haben ist, können es sich immer weniger Menschen leis-

ten, in Dublin zu wohnen. «Obdachlos sind selbst Angestellte, die zwar einen Job haben, aber keine Wohnung finden» (S.50), schreibt Hubeli. Ganz anders die Situation in Wien, wo über sechzig Prozent des Wohneigentums dem freien Markt entzogen sind. Die vergleichsweise gute Situation hat ihre Wurzeln im «Roten Wien», das vor hundert Jahren im Kampf gegen die Wohnungsnot gemeinnütziges und städtisches Eigentum gezielt und dauerhaft dem Wohnungsmarkt entzogen hat.

Berlin, so Hubeli, stehe diesbezüglich zwischen Dublin und Wien. Auch in Berlin spielte der gemeinnützige Wohnungsbau während Jahrzehnten eine entscheidende Rolle. Die grosse Wende ortet der Autor im Jahr 2004, als die linke Berliner Stadtregierung damit begann, «den städtischen und gemeinnützigen Bestand an Private zu verhökern. Rund 200 000 Wohnungen mit angemessenen Mieten wurden verkauft; sie fehlen nun. Die Haushaltslöcher, die damit gestopft werden sollten, entleerten die Haushaltskassen der Mieter.» (S. 92 f.) Schliesslich habe die «Finanzialisierung» von Immobilien und Bodeneigentum die ganze Stadt erfasst, was zum aktuellen «Aufstand gegen die Wohnungsnot» führte (S. 94).

Anhand konkreter Beispiele liefert der Autor eine packende Analyse, wie es so weit kommen konnte. Da das Buch in der ersten Hälfte 2019 geschrieben wurde, bleibt leider offen, ob und wie der Mietendeckel – ein Moratorium für Mietpreiserhöhungen – in Berlin schliesslich eingeführt wurde, und ob die geplante Teilent-

eignung von Immobilienkonzernen tatsächlich umgesetzt wird.

Der letzte Teil des Buches ist ein Rundumschlag über Heimat und Zuhause. Dabei lässt Hubeli erneut viele Denker zu Wort kommen und plädiert unter anderem für eine Befreiung des Terrors des Ortes: «Die Trennung von Ort, Kultur, Zeit ist eine Folge der Gleichzeitigkeit von physischen, medialen und virtuellen Wirklichkeiten. Die Uneindeutigkeiten und Ambivalenzen, die dabei unvermeidbar entstehen, können belastend sein, selbst wenn sie befreiend wirken. Unabhängig davon haben sie den Vorteil, dass vieles, auch das Wohnen, an Schwere und Bedeutungslast verliert. Wo fast alles vieldeutig und unbestimmt ist, gibt es auch neue Möglichkeiten.» (S. 155 f.) Somit kann Heimatlosigkeit auch als Chance verstanden werden.

In welche Richtung sich der Architekt und Stadtplaner Ernst Hubeli die Entwicklung neuer Möglichkeiten wünscht, fasst er ganz am Ende seiner dichten Streitschrift zusammen: «Das Verhältnis von Stadt und Architektur kann als eine Überform beschrieben werden. Die einzelnen Objekte sollen schweigen und ihre Selbstbezogenheit aufgeben zugunsten einer Öffnung für den städtischen Zusammenhalt. Diesen können Objekte ohnehin nicht herstellen. Was Stadt zur Stadt macht, ist ein Prozess und ein Zusammenspiel, in dem das Gegenständliche Hintergrund bleibt und die Entfaltung eines urbanen Alltags so wenig wie möglich behindert.» (S. 166)

Gabriela Neuhaus

Ruth Ammann: **Berufung zum Engagement?** Die Genossenschafterin und religiöse Sozialistin Dora Staudinger (1886–1964).

Schwabe Verlag, Basel 2019 (442 S.)

Obwohl seit einigen Jahren eine Strasse in Zürich-Affoltern ihren Namen trägt, war über das umfangreiche Schaffen Dora Staudingers bisher erstaunlich wenig bekannt. Unter dem Titel *Berufung zum Engagement?* beleuchtet Ruth Ammann in ihrer an der Universität Bern verfassten Dissertation das Leben der Genossenschafterin und religiösen Sozialistin – und rückt damit zwei zentrale Aspekte ihrer Person in den Mittelpunkt.

Anhand der Biografie Dora Staudingers fragt die Autorin nach dem zugrunde liegenden politischen Selbstverständnis und rekonstruiert gesellschaftliche «Veränderungen aus ihrer Sicht, durch ihre Person in ihrem spezifischen – persönlichen, politischen – Umfeld als Frau» (S.17). Gegliedert ist die Publikation in drei chronologische Hauptkapitel, die in sich mehrheitlich thematisch, stellenweise aber auch chronologisch strukturiert sind. Aufgrund der Heterogenität der Tätigkeiten und Engagements behandelt Ruth Ammann nicht das gesamte Leben Dora Staudingers, sondern legt einen Fokus auf die Zeit zwischen 1912 und 1929, während der sie in der Stadt Zürich lebte, ohne dabei die Jahre davor und danach gänzlich ausser Acht zu lassen. Die Quellenbasis setzt sich zum einen aus Ego-Dokumenten Dora Staudingers zusammen (die allerdings nur punktuell vorliegen) und zum anderen aus Material der verschiedenen Organisationen, in denen sie engagiert war oder von Personen, die ihr nahestanden.

Auf dem Weg zum Deutschen Frauenkongress 1912, der den ersten Teil umrahmt und der gleichzeitig den Ausgangspunkt ihres aktiven politischen Engagements markiert, begann für Dora Staudinger eine rund sechs Monate dauernde intensive Phase des Tagebuchschreibens.

Am Frauenkongress konnte sie sich gänzlich und unabhängig von ihrem familiären Umfeld den politischen Themen widmen, die sie interessierten. Neben inhaltlichen Referaten unter anderem zu den Einflussmöglichkeiten von Frauen in Genossenschaften hinterliess insbesondere das progressive Verständnis der anderen Kongressteilnehmerinnen zu Freundschaft, Ehe und Kameradschaft einen bleibenden Eindruck bei Dora Staudinger. In diesem ersten Teil stellt Ruth Ammann auch Bezüge in die Vergangenheit her und beleuchtet die unterschiedlichen Milieus, durch die Dora Staudinger von ihrer eigenen und der Familie ihres Ehemannes Hermann Staudinger geprägt worden war. Bereits hier werden erstmals die wiederkehrenden Rollenkonflikte sichtbar, mit denen sie als Ehefrau eines erfolgreichen Akademikers und Mutter sowie als politisch engagierte Frau zu Beginn des 20. Jahrhunderts konfrontiert wurde.

Der zweite Teil deckt die ersten zehn Jahre Dora Staudingers in Zürich ab. Bereits kurze Zeit nach dem Umzug in die neue Stadt 1912 – aufgrund der Berufung ihres Ehemannes auf einen Lehrstuhl für Chemie an der ETH (Eidgenössische Technische Hochschule) – fand sie Anschluss im religiös-sozialistischen Umfeld und bald darauf auch in der Genossenschafts-, Frauen- und Friedensbewegung. Der Kriegsbeginn führte zu einer raschen Intensivierung aller dieser Tätigkeiten. Aufgrund von politischen und persönlichen Überschneidungen entstanden bald enge Freundschaften zu Clara Ragaz und zu Leonhard Ragaz. Selbst bezeichnete sie dieses für sie sehr anregende Umfeld als Ort der «Sehnsucht» nach «Taten und Worten», [...] als «Fortsetzung und Synthese dessen [...], was ich vom eignen Elternhaus und

von der Familie Staudinger empfangen [hatte]» (S. 272). Von zentraler Bedeutung waren in dieser Zeit insbesondere auch Dora Staudingers rege Publikations-, Vortrags- und Kurs-tätigkeiten, in denen sie ihre feministischen, religiös-sozialistischen und genossenschaftlichen Ideen darlegte und propagierte. Kurz nach dem Krieg schrieb sie insbesondere viel für die Zeitschrift *Neue Wege* und verfasste als damals einzige Frau auch mehrere theologische Leitartikel. Im Lebensmittelverein und in der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich, die zuvor mehrheitlich durch Männer geprägt wurden, gehörte Dora Staudinger zu den ersten weiblichen Vertreterinnen und sorgte dafür, dass auch die Sichtweisen von Frauen als Konsumentinnen, Müttern und Hausfrauen mehr Beachtung fanden. Auch wenn die weiblichen Einflussmöglichkeiten teilweise gering blieben, prägte sie damit die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe, beeinflusste deren Politik und war Expertin für kommunale Wohnbaupolitik.

Im Unterschied zu den beiden ersten ist der dritte Teil weniger thematisch, sondern chronologisch strukturiert und deckt die Jahre 1923 bis 1929 ab. Auch weil Dora Staudinger zu Beginn dieses Zeitraums erneut Tagebuch schrieb, ist das Kapitel geprägt durch den bereits seit Jahren schwelenden Konflikt mit ihrem Ehemann, der ihre ausserhäuslichen, das heisst politischen Tätigkeiten missbilligte – ein Konflikt, der schliesslich zur Scheidung führte. In eben diesen Jahren übernahm Dora Staudinger als Fürsorgerin des Stadtzürcherischen Vereins für Mutter- und Säuglingsschutz eine neue Stelle und intervenierte in dieser Rolle gegen eine disziplinierende Armenfürsorge von wirtschaftlich schlecht gestellten Frauen, indem sie beispielsweise Zwangssterilisationen verhinderte. Eine einschneidende Zäsur stellte 1929 Dora Staudingers Wegzug aus der Stadt Zürich und ihre Wiederverheiratung dar. Damit ging auch ihr Abschied aus der religiös-sozialen Bewegung wie das Ende ihrer Freund-

schaft mit Clara und Leonhard Ragaz einher. Ruth Ammann schneidet abschliessend die darauffolgenden gut dreissig Lebensjahre und damit das weitere Wirken Dora Staudingers knapp an – und regt damit zu weiteren Forschungen an.

Dank Dora Staudingers bemerkenswert vielfältigen Engagements erlaubt diese überzeugende Forschungsarbeit Einblicke in eine Fülle von Bewegungen und Debatten, die das erste Drittel des 20. Jahrhunderts entscheidend prägten. Gleichzeitig werden durch die rege Schreibtätigkeit Dora Staudingers die unterschiedlichen Hindernisse deutlich, mit denen sich politisch aktive Frauen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Kontext konfrontiert sahen. Nicht zuletzt zeigt die Dissertation eindrücklich, wie Dora Staudinger immer darum bemüht war, Menschen an den Rändern institutionalisierter Machtstrukturen durch Gemeinschaft und Bildung neue politische Räume zu eröffnen. Da die Autorin ihre Protagonistin als Teil eines grossen sozialen Gefüges versteht, rückt sie neben Dora Staudinger auch viele weitere engagierte Frauen ins Rampenlicht und macht damit grosse Lust, deren Spuren in- und ausserhalb von Archiven nachzuvollziehen.

Dass dies notwendig ist, ergibt sich aus der Erkenntnis, dass Wirken und Tätigkeiten von Frauen in der historischen Auseinandersetzung bis heute grundsätzlich unterrepräsentiert sind. Besonders deutlich wird dies durch einen Blick auf die Biografien im Historischen Lexikon der Schweiz (HLS). Auch wenn über Dora Staudinger seit 2015 ein von Ruth Ammann verfasster Eintrag existiert und das HLS anlässlich des Frauenstreiks von 2019 um einige weitere Frauenbiografien ergänzt wurde, sprechen die Zahlen für sich: Rund 24 000 Biografien von Männern stehen rund 1200 Biografien von Frauen gegenüber. Nachzulesen in «Gleiches Recht auf Geschichte. 24 neue Artikel zur Frauen- und Gendergeschichte im HLS»,

www.infoclio.ch/en/gleiches-recht-auf-geschichte-24-neue-artikel-zur-frauen-und-gen-

dergeschichte-im-hls (Abfrage 8.7.2020). Es besteht also weiterhin grosser Handlungsbedarf!

Lisia Bürgi

Simona Isler: **Politiken der Arbeit.** Perspektiven der Frauenbewegung um 1900. Schwabe Verlag, Basel 2019 (272 S.)

Céline Angehrn: **Arbeit am Beruf.** Feminismus und Berufsberatung im 20. Jahrhundert.

Schwabe Verlag, Basel 2019 (338 S.)

Arbeit ist nicht gleich Arbeit und nicht einmal alle Arbeit gilt als Arbeit. Dass es sich bei dieser strukturellen Unhaltbarkeit weder um einen historischen Überhang noch um einen abgeschlossenen Prozess handelt, beleuchten die Dissertationen von Céline Angehrn und Simona Isler. Entstanden sind die beiden historischen Analysen im Rahmen des von 2012 bis 2015 an der Universität Basel angesiedelten SNF-Projekts (Schweizerischer Nationalfonds) «Differenzierungsarbeit. Aushandlungen von Arbeitskonzepten in Berufsberatung und Frauenbewegung (Schweiz, 20. Jahrhundert)».

Die Arbeiten zeichnen die Entwicklung der Konzeption von Arbeit im 20. Jahrhundert zwar mit unterschiedlichem thematischem Fokus nach, teilen aber theoretische Ansätze und methodische Vorgehensweisen. Beide arbeiten mit einem Feminismusbegriff, der grundsätzlich alles Handeln und Denken einschliesst, welches die Situation von Frauen verbessern will; und beide arbeiten mit der Methode der kontrastierenden Symmetrie. Das heisst, die jeweiligen Politiken werden in ihren jeweiligen historischen Kontexten zugänglich gemacht und ausschliesslich mit zeitgenössischen Gegenpositionen konfrontiert, ohne sie mit heutigen Deutungsschemata zu interpretieren: «Zeitnähere Feminismen werden nicht als per se <weiter entwickelt> oder fortschrittlicher verstanden.» (Angehrn, S. 23) Dadurch gelingt es

den beiden Autorinnen, die heutigen «Arenen von Gleichstellungsbemühungen» (Isler, S. 17) als Resultat einer linearen Erfolgsgeschichte feministischer Kämpfe infrage zu stellen.

Simona Isler lässt in *Politiken der Arbeit – Perspektiven der Frauenbewegung um 1900* drei nationale Dachverbände zu Wort kommen: Den Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein (SGF), den Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF) sowie den Schweizerischen Arbeiterinnenverband (SAV). So unterschiedlich die Perspektiven dieser drei Vereine auch waren, hatten sie doch auch gemeinsame Nenner: Sie alle sahen die fortgeschrittene Industrialisierung als Ursprung der gesellschaftlichen Neuordnung, auf welche sie reagieren mussten.

Für den BSF war beispielsweise klar, dass die industrielle Güterproduktion die Frauen ihrer Arbeit im Haus entledigt hatte. Denn was zuvor im Haushalt hergestellt wurde, konnte plötzlich billiger und besser in der Fabrik hergestellt werden. Das Haus hatte seine Legitimität als Arbeitsplatz eingebüsst und war zu einer Sphäre jenseits des gesellschaftlichen Lebens geworden. Deshalb mussten die Frauen «das Haus und die Arbeit darin verlassen, um neuerdings in der Welt tätig zu sein, wo sie Lohn, Bildung und Rechte einforderten» (S. 37). Während Hausarbeit neu organisiert werden musste – die Ideen reichten von genossenschaftli-

cher Organisation bis zur Entlohnung –, erwuchs aus der neuerlichen Erwerbstätigkeit der Frauen ausserdem ein Rechtsanspruch.

Ganz anders sah dies aus der Perspektive des SGF aus. Die Industrie hatte das Haus nicht in eine private Sphäre als Gegenstück zu Arbeitswelt und Politik verwandelt, nein: «Das Häusliche hatte sich in die Welt ausgebreitet und war neuerdings nicht mehr nur innerhalb des konkreten Hauses gefragt, sondern überall da, wo Menschen lebten und arbeiteten.» (S. 233) Um diesem Anspruch gerecht zu werden, mussten Frauen ausgebildet und erzogen werden. In logischer Konsequenz galt es, Haus- und Erziehungsarbeit als Beruf anzuerkennen. Und ebenso klar war, dass häusliche, sorgende und liebende Arbeit in allen Lebensbereichen, also auch in der Berufswelt, eine wichtige Qualifikation war.

Während sowohl SGF wie auch BSF die neue industrialisierte Arbeitsordnung für ihre Politiken nutzen konnten, sahen die Vertreterinnen des SAV in der aktuellen Situation kein Verbesserungspotenzial. Ihre Lebensrealität bestand aus Armut, auszehrender und gesundheitsschädigender Arbeit in der Fabrik inklusive Haus- und Familienarbeit, für die sie fast keine Zeit fanden. Aus ihrer Sicht musste der Kapitalismus überwunden, die Gesellschaft sozialistisch organisiert werden: «Die Trennlinie verlief nicht zwischen Haus und Fabrik, beziehungsweise zwischen der Arbeit im eigenen und derjenigen im fremden Haushalt, sondern zwischen Klassen – aber auch zwischen den Geschlechtern.» (S. 56) So war für die Arbeiter*innen die Forderung des BSF nach Egalität im Gesetz nicht nachvollziehbar. Sie brauchten «Sonderschutzgesetze», denn sie waren innerhalb der ausgebeuteten Klasse eine Klasse für sich. Ihr Zugang zu Zeit, Geld und Gesundheit war besonders prekär: Diesem Umstand musste Rechnung getragen werden.

Die unterschiedlichen feministischen Forderungen der drei Dachverbände ergaben sich

aus den unterschiedlichen Arbeits- und Lebensrealitäten, denn: «Die von den gemeinnützigen Frauen politisierte hauswirtschaftliche Arbeit war nicht identisch mit der Hausarbeit, die vergesellschaftlicht oder bezahlt werden sollte. Die für die Frauen des BSF befreiende Berufsarbeit war etwas anderes als die erdrückende Lohnarbeit von Arbeiterinnen.» (S. 243).

Während all diese Politiken als gemeinsamen Aushandlungs- und Streitpunkt die Arbeit, ihre Definition, ihre Wertigkeit und ihre Verteilung hatten, fokussieren heutige gleichstellungspolitische Diskurse oftmals einzig auf die Erwerbsarbeit. So plädiert Isler in ihren Schlussbetrachtungen denn auch für eine Re-politisierung des Arbeitsbegriffs und kritisiert Gleichstellungsbemühungen, die sich in der «Angleichung der weiblichen Arbeitsbiografien an diejenigen der Männer» erschöpfen (S. 247).

Céline Angehrns Dissertation *Arbeit am Beruf – Feminismus und Berufsberatung im 20. Jahrhundert* knüpft an diesem Kritikpunkt an, indem sie die Politisierung von Arbeit untersucht, «wie sie sich in den unterschiedlichen Politiken der Zentralstelle für Frauenberufe in den 1920er-Jahren, der Akademischen Berufsberatung in der Mitte des 20. Jahrhunderts und der gleichstellungsorientierten Berufsberatung seit den 1980er-Jahren manifestierte» (S. 282). Mit Blick auf diese drei historischen Momente zeichnet Angehrn eine Entwicklung nach, die zu unserer heutigen Arbeitsorganisation in zwei geteilten Sphären – der Erwerbs- und der unbezahlten Hausarbeit – geführt hat und den Fokus heutiger Gleichstellungspolitik bestimmt.

Angehrn macht sichtbar, dass und inwiefern die Organisation von Arbeit in den 1920er-Jahren noch ein offenes und kontroverses Verhandlungsgebiet war. Die 1923 gegründete Zentralstelle für Frauenberufe prägte die Debatte massgeblich mit. Sie legte dabei nicht nur fest, welche von Frauen ausgeübte Tätigkeiten als

Beruf qualifizierten, sondern auch, wie solche Qualifikation über Ausbildung erreicht werden konnte. Darin forderte die Zentralstelle für Frauenberufe sowohl einen Berufsbegriff, der «neben bezahlter Arbeit auch die unbezahlte Hausarbeit von Ehefrauen umfasste», wie auch Zugang zu erwerbsbefähigenden Ausbildungen für Bürgertöchter, womit sie deren Ausschluss aus der Berufsgesellschaft problematisierten – wiederum unter Ausschluss der Fabrikarbeiterinnen, welche sich nicht in ihr Bild von «Frauenberufen» integrieren liessen (S. 112).

Am Beispiel von Martha Bieder, der ersten akademischen Berufsberaterin der Schweiz, die ihre Stelle zwischen 1931 und 1960 in Basel besetzte, zeigt Angehrn auf, wie die Institutionalisierung der berufsberaterischen Tätigkeit es ermöglichte, eine Expertise bezüglich Frauenberufen zu behaupten. Dabei war Bieders Definition der «gehobenen Frauenberufe», für die sie sich stark machte, weit breiter gefasst, als der Begriff vermuten lässt: Insbesondere pflegerische, soziale und pädagogische Berufe standen bei ihr hoch im Kurs; waren es schliesslich jene Arbeiten, die für das Funktionieren der Gesellschaft von höchster Relevanz waren. Komplementiert wird dieses Engagement mit Bieders Zeitgenossin Iris von Roten. Ihr zufolge «würde allen Frauen unter den bestehenden Verhältnissen, auch den gut ausgebildeten, Subjektwerdung, Entfaltung und Einflussnahme qua Beruf verunmöglicht» (S. 192).

Der Blick auf die Zeit zwischen 1980 und 1995 ermöglicht es schliesslich, «das Zusammentreffen der institutionalisierten feministischen Politik, welche mit dem Gleichstellungsartikel von 1981, dem revidierten Eherecht von 1988 und der Einrichtung von Gleichstellungsfachstellen in den 1980er-Jahren wichtige Erfolge erzielte, mit einer aktivierenden neoliberalen Arbeitsmarktpolitik» als ein Zusammenspiel zweier historischer Momente zu erfassen (S. 196).

In diesem Zeitraum setzte sich nicht nur

der Beruf als wichtigster Parameter für gleichstellungspolitische Bemühungen durch, es wurde im Rahmen der Problematisierung von Geschlechterrollen auch festgeschrieben, wessen «Rolle» ausgedient hatte: Mädchen und Frauen mussten ihr «geschlechtstypisches» Verhalten hinterfragen und ablegen. So hiess es in einer Studie der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen im Jahr 1979 beispielsweise: «Unser Bericht beschreibt die Situation der Frau, indem er Mass nimmt an derjenigen des Mannes.» (S. 207)

Dass die Forderung nach ökonomischer Unabhängigkeit aus feministischen Bewegungen der 1970er-Jahre nur in stark reduzierten und markttauglichen Versionen Eingang in die institutionalisierten Gleichstellungskonzepte fand, macht Angehrn etwa am Beispiel von Alice Schwarzers Buch *Frauenarbeit – Frauenbefreiung* (1973) deutlich, denn: «Die angestrebte «revolutionierende Veränderung» war in Schwarzers Perspektive an gesamtgesellschaftliche, über eine verstärkte Berufstätigkeit von Frauen hinausgehende Veränderungen gebunden» (S. 264), an kollektive Haus- und Erziehungsarbeit oder generelle Reduktion der Lohnarbeitszeit beispielsweise. Diese massive Verkürzung der Gleichstellungskonzepte bringt Angehrn mit den Worten der Soziologin Ulrike Prokop auf den Punkt: «Das pragmatisch Machbare [...] wird formelhaft zusammengefasst, wobei die emanzipatorische Legitimation darin besteht, im Rahmen der institutionalisierten Zielvorgaben jeweils quantitativ «mehr» zu fordern; mehr Frauen in leitende Positionen etc.» (S. 267 f.)

Simona Isler und Céline Angehrn leisten mit ihren Dissertationen einen wichtigen Beitrag zur Feminismus- und Geschlechtergeschichte. Darüber hinaus ermöglichen es beide Arbeiten, die Konzeption von Arbeit als immer noch andauernden Aushandlungsprozess zu verstehen. Mehr noch: Als Prozess, der auch in Reaktion – nicht als logische Konsequenz einer

historischen Entwicklung – auf feministische Forderungen zu lesen ist. Insofern eignen sich diese beiden Analysen feministischer Politiken des 20. Jahrhunderts hervorragend, um den Status Quo in seiner Selbstverständlichkeit zu

hinterfragen; aber auch, um die damaligen Forderungen und Perspektiven in ihrer Vielfalt für heutige Feminismen anschlussfähig zu machen.

Mirjam Aggeler

Cristina Cattaneo, 2020: **Namen statt Nummern.** Auf der Suche nach den Opfern des Mittelmeers.

Rotpunktverlag, Zürich (208 S.)

In Lampedusa betreibt das Kollektiv Askavusa einen Raum, PortoM genannt. M steht dabei für *Mediterraneo, Migrazioni, Militarizzazione, Memoria, Mare, Madre*. PortoM beinhaltet auch einen Ausstellungsraum mit Objekten von MigrantInnen, von Askavusa am Strand oder auf dem sogenannten Schiffsfriedhof gesammelt und gereinigt. Gegenstände wie Kleider, Schuhe, Getränkeverpackungen, Zahnpastatuben, Banknoten bis hin zu Briefen und Koranen. 2014 war während der 1. Mai-Feiern ein Teil davon auch in der Alten Kaserne in Zürich zu sehen.

An dieses Museum, das keines sein will, erinnert der Buchumschlag von Cristina Cattaneos *Namen statt Nummern*, auf der Titelseite ein Plastikbeutelchen mit SIM-Karte, Medikamenten und Euro-Scheinen, auf der Rückseite eine Zahnbürste, nummeriert mit 390 065. Und hinter beiden, sowohl von PortoM in Lampedusa wie auch diesem Buch aus dem Rotpunktverlag, steht derselbe Grundgedanke: den Menschen auf der Flucht, ob lebendig oder tot, ihre Würde zurückzugeben.

Das Schiffsunglück vom 3. Oktober 2013 mit 366 Toten, nur wenige hundert Meter vor der Küste Lampedusas, war für Cristina Cattaneo ein tief prägendes Erlebnis, und so beginnt auch das erste Kapitel: «Oktober 2013 – den Toten einen Namen geben.» (S. 15) Cattaneo ist «auf der Suche nach den Opfern des Mittel-

meers», wie der Untertitel des Buches heisst. Ihr Beruf: Forensikerin, Rechtsmedizinerin. Was in ihrem Mailänder Labor für forensische Anthropologie und Zahnmedizin Alltag ist, «menschlichen Überresten eine Geschichte, eine Identität und sogar ihre Würde zurückzugeben» (S. 18), ist bei den auf der Flucht im Mittelmeer ertrunkenen Menschen nie gemacht worden.

«Dabei weiss man, was es für Angehörige bedeutet, wenn sie in Ungewissheit über den Verbleib ihrer Liebsten leben müssen. Ohne Klarheit über den Tod können sie nicht anfangen zu trauern», meinte Cristina Cattaneo kürzlich in einem Interview in Bern mit der *Aargauer Zeitung* (16.5.2020). Und wiewohl die universellen Bestimmungen des humanitären Völkerrechtes und der Menschenrechte verlangen, dass Tote ihren Namen zurückbekommen, wird auf Opferidentifizierung nur zu gerne verzichtet. Das ist allerdings nicht immer so, wie Cattaneo feststellt: «Ich kann mich noch gut erinnern, wie in den Tagen nach dem Tsunami von Phuket in den Mailinglisten einschlägiger staatlicher und nicht staatlicher Organisationen Hunderte von Expertinnen und Experten anboten, sofort hinzureisen, um Hilfe zu leisten.» (S. 34)

Cattaneo ist schockiert, dass nun in der forensischen Gemeinschaft nichts dergleichen geschieht, nach all den Schiffbrüchen überfüll-

ter Flüchtlingsboote, und so macht sie sich auf die Suche nach Verbündeten und einer Finanzierung ihres Unterfangens. In Zusammenarbeit mit der – europaweit einzigen – staatlichen Vermisstenbehörde Italiens, finanziert von ihrem der Universität Mailand angeschlossenen Labor sowie mit Hilfe von FachkollegInnen wird die Identifizierung der 366 Opfer vom 3. Oktober 2013 in Lampedusa zum Pilotprojekt. Die Ausgangslage ist dafür geeignet: Die Toten wurden relativ schnell geborgen (unauslöschlich die Bilder der an der Mole aufgereihten schwarzen Leichensäcke oder die 366 Särgе im Hangar des Flughafens von Lampedusa), zuständig war nur eine Staatsanwaltschaft und alle 366 Leichen wurden einheitlich mit Fotos und DNA-Proben registriert. Zudem stammten die meisten Ertrunkenen aus Eritrea mit einer grossen Community in Europa.

Anschaulich beschreibt die Autorin die Vorbereitungen, wie sie und ihr Team ein Archiv mit allen Details über die Leichen und eine Art Totenbuch erstellten, und berichtet von den ganz praktischen Schwierigkeiten der Logistik in ihrem Arbeitsalltag. Am 1. und 2. Oktober 2014, kurz vor dem Jahrestag der Tragödie, kommt es dann zu den ersten Besuchen von Verwandten und Bekannten von vermissten Opfern und zu ersten Identifizierungen. Nach monatelanger forensischer Detektivarbeit wurden 35 eritreische Opfer identifiziert, 35 Menschen bekamen wieder Namen.

Am Rande gestreift wird auch das Schiffsunglück vom 11. Oktober 2013 zwischen Malta und Italien, bei dem die Opferzahl nur deshalb so hoch war, weil sich italienische und maltesische Behörden ein stundenlanges Kompetenzgerangel lieferten, während das Schiff mit hauptsächlich syrischen Flüchtlingen bereits am Sinken war. 22 Leichen wurden von den italienischen Behörden geborgen, 18 von Malta – rund 260 liegen wohl noch auf dem Meeresgrund. Dieses Drama war dann 2014 das auslösende Moment zur Gründung des Alarm-

phones von Watch The Med durch freiwillige AktivistInnen und diverse NGOs. Das Alarmphone ist eine Telefonnummer für Flüchtende, um Unterstützung und Rettung zu organisieren.

Schwerpunkt des Buches und grösste Herausforderung für Cattaneos Projekt ist der Schiffbruch eines ägyptischen Fischkutters am 18. April 2015, 96 Kilometer vor der libyschen Küste. Dieser wurde in Italien später als «Barcone» berühmt. In ein Schiff von 22 m Länge, 6 m Breite und 7 m Höhe pferchten die Schlepper fast tausend MigrantInnen. Spätere Berechnungen ergaben, dass sich fünf Personen einen Quadratmeter teilen mussten, alle in Fötusstellung.

Der italienische Staat wollte ein Zeichen setzen und beschloss, das Schiff aus 370 m Tiefe zu bergen. Cattaneo beschreibt diesen beispiellosen Kraftakt verschiedenster Behörden unter Leitung der Marine, der rund zehn Millionen Euro kostete und heute kaum mehr denkbar ist. In den ersten vier Einsätzen, die Cattaneos Team leisteten, konnten 169 Obduktionen vorgenommen werden. Dann, mehr als ein Jahr nach dem Unglück, erfolgte die Hebung des 140 Tonnen schweren Schiffes mit möglicherweise weiteren achthundert Leichen, der Aufbau einer Leichenhalle am Meer auf der italienischen Militärbasis Melilli in Sizilien, die Bergung der Opfer, die Kühllager, die Obduktionen, die Einsargung; alles präzise und so sachlich wie mitfühlend beschrieben. Das Zwischenergebnis dieses wohl einmaligen Aktes: «Wir hatten 528 Opfer obduziert, ebenso viele Proben inventarisiert und über zweitausend Knochen und 325 Schädel zusammengetragen.» (S. 183) Und damit konnte die eigentliche Arbeit beginnen.

Alle Beteiligten seien sich einig gewesen, dass der «Barcone» das perfekte Mahnmal sei und «ein Symbol für die Verzweiflung ganzer Generationen [...]. Das Schiff mahnt vor dem, was nie wieder passieren darf, oder vielleicht

eher davor, wie einfach es ist, zu vergessen oder nicht hinschauen zu wollen» (S. 188). Deshalb beantragte Cattaneo einen Platz für das Schiff an ihrer Universität:

«Das Schiff repräsentiert nicht nur das grösste Mittelmeerunglück, es ist auch ein Sinnbild für diese an tragischen Ereignissen so reiche historische Epoche, die nicht in Vergessenheit geraten darf. Dieser Fischkutter voller sterblicher Überreste ist ein unvergleichliches Symbol für die Menschenrechtsverletzungen und die bisher grösste Katastrophe im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen dieses Jahrhunderts. Er zeugt auch von der einzigartigen Rolle Italiens in Europa, vom italienischen Engagement, diesen sterblichen Überresten von Menschen mit Würde zu begegnen und die Rechte der Nachkommen, Eltern und Geschwister der bei der Überfahrt Ertrunkenen zu wahren.» (S. 189)

Ein Platz für das Schiff wurde noch nicht gefunden, es steht immer noch am Pier der Marinebasis. 2019 stand es während zwei Monaten

auf einer Mole an der Biennale von Venedig. Dem Schweizer Künstler Christoph Büchel war es gelungen, das Schiff unter dem Titel «Barca nostra» auszustellen. Er löste damit einen Sturm der Entrüstung im deutschen Feuilleton um die Frage aus, was das denn mit Kunst zu tun habe. Es ist nicht Kunst, es ist ein Mahnmal für die Schande Europas.

Flucht und Migration werden ein grosses Thema bleiben. Obwohl Europa alles daran setzt, die Festung uneinnehmbar zu machen und seine Grenzen stetig weiter vorverlagert bis weit in den afrikanischen Kontinent hinein (so weht z. B. im Niger die EU-Flagge), wird das Massensterben im Mittelmeer weitergehen. Cristina Cattaneos Buch ist nur zwischen den Zeilen eine Anklage gegen Europas Flüchtlingspolitik, aber ein sehr einfühlsames und eindringliches Plädoyer für mehr Menschlichkeit, und man wünscht diesem schmalen Band viele LeserInnen. Dass es stellenweise harte Kost ist und zu Tränen rührt, gehört dazu.

Daniel Scherf